

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 12

Artikel: Carl J. Burckhardt als Bundesratskandidat
Autor: Stauffer, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164922>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Paul Stauffer

Carl J. Burckhardt als Bundesratskandidat

Der Geburtstag des bedeutenden Schweizer Historikers, Schriftstellers und Diplomaten Carl J. Burckhardt jährte sich am vergangenen 10. September zum hundertsten Mal. Aus diesem Anlass ist im Buchverlag der «Neuen Zürcher Zeitung» vom Verfasser des nachstehenden Aufsatzes eine Burckhardt gewidmete Monographie erschienen (Zwischen Hofmannsthal und Hitler – Carl J. Burckhardt – Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz, vgl. dazu die Buchbesprechung von Urs Bitterli auf S. 1029 dieses Heftes). Während sich dieses Buch vorwiegend mit der Tätigkeit des Baslers als Völkerbunds-Hochkommissar in Danzig (1937–1939) auseinandersetzt, wird im folgenden eine Episode aus Burckhardts daran unmittelbar anschliessendem Lebensabschnitt beleuchtet.

Der Kriegsbeginn 1939 hatte der Tätigkeit Carl J. Burckhardts als Hochkommissar des Völkerbundes in der «Freien Stadt» Danzig ein abruptes Ende gesetzt. Nach Genf zurückgekehrt, übernahm er eine leitende Funktion beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), dem er als Mitglied schon seit 1933 angehört hatte. Unter dem Eindruck des deutschen Sieges über Frankreich im Sommer 1940 empfand man in der nunmehr von den Achsenmächten umschlossenen Schweiz das Bedürfnis, sich die hochrangigen internationalen Verbindungen und das europäische Prestige Burckhardts für die Wahrung der aussenpolitischen Landesinteressen nutzbar zu machen. Die eine der in dieser Richtung zielenden Initiativen, die sich seinerzeit unter dem Siegel tiefer Verschwiegenheit vollzogen hatte, gehört heute zu den bekanntesten und am gründlichsten erforschten Episoden der schweizerischen Zeitgeschichte. Gemeint ist jener Vorschlag, Burckhardt in Sondermission nach Berlin zu entsenden, den *General Guisan* – möglicherweise auf Anregung seines persönlichen Stabschefs Major *Bernard Barbey* – in mehreren, von letzterem verfassten Briefen an Mitglieder des Bundesrates herangetragen hat. Wie man weiss, war diesen Vorstössen kein Erfolg beschieden¹. Der zweite Versuch, Burckhardt für die Übernahme einer seinen Qualitäten angemessenen Aufgabe im Dienste des Landes zu gewinnen, wurde gegen Ende 1940 in aller Öffentlichkeit unternommen und ist heute weithin in Vergessenheit geraten. Die Rede ist von der Lancierung einer Kandidatur Burckhardt für den Bundesrat, wo infolge der Rücktritte von *Rudolf Minger* und *Johannes Baumann* zwei Sitze neu zu bestellen waren².

Zur Ausgangslage

Bei der Ersatzwahl für Minger bestand von vornherein eine recht klare Ausgangslage, denn dass sowohl der Heimatkanton des scheidenden Magistraten, Bern, als auch seine Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) im Bundesrat weiterhin vertreten sein sollten, war nahezu unbestritten. Der offizielle Kandidat der BGB, *Eduard von Steiger*, erreichte das absolute Mehr denn auch bereits im ersten Wahlgang. Weniger einfach gestaltete sich dagegen die Neubesetzung des zweiten vakanten Ministersessels, den bisher der freisinnige Appenzell-Ausserrhodener Johannes Baumann innegehabt hatte. Politische Kreise der Westschweiz betrachteten den französischsprachigen Landesteil mit nur einem Repräsentanten im bundesrätlichen Siebnergremium (*Pilet-Golaz*) als untervertreten und erhoben Anspruch auf einen weiteren Regierungssitz. Mit einem überzeugenden Kandidaten vermochten die welschen Radikalen jedoch nicht aufzuwarten, während die Ostschweizer Freisinnigen den St. Galler Regierungs- und Nationalrat *Karl Kobelt* portierten. Diese einigermassen verfahrenere Situation war dazu angetan, Aussenseiterkandidaturen auch «unpolitischer» Persönlichkeiten auf den Plan zu rufen. So sehr sich General Guisan als Promotor einer Sondermission Burckhardt nach Berlin engagiert und dabei seinen militärischen Kompetenzbereich überschritten hatte, – zu den Förderern der Bundesratskandidatur Burckhardt gehörte er nicht. In der Landesregierung – und besonders als neuen Chef des Militärdepartementes – hätte er lieber einen seiner engen Vertrauten aus den obersten Rängen des Milizoffizierskaders, den Neuenburger Brigadekommandanten und Professor der Rechte, *Claude du Pasquier*, gesehen³. Ihn hatte die gesamtschweizerisch kleine liberale Partei zu ihrem Kandidaten erkoren – jene Gruppierung, welche auch als politische Basis für den konservativen Altbasler Burckhardt am ehesten in Betracht gekommen wäre.

Initialzündung aus Genf

Als die Kandidatur Burckhardt wenige Tage vor dem Wahltermin – 10. Dezember – lanciert wurde, kam die Initialzündung bezeichnenderweise doch noch aus dem liberalen Lager. Ausgelöst wurde sie am 5. Dezember in der liberalen Parteizeitung «*Journal de Genève*» von deren Chefredaktor *René Payot* mit einem Artikel, der sich schon in seinem Titel – «*La Suisse ne peut ignorer l'Europe*» – der Zeitstimmung verpflichtet zeigte. Im Blick auf die Kandidatenauswahl für die unmittelbar bevorstehende Teilerneuerung des Regierungsgremiums sprach Payot davon, dass die künftigen Führungsverantwortlichen in der Lage sein sollten, «. . . *de comprendre la*

portée de la prodigieuse révolution politique, économique et sociale qui s'accomplit en Europe». In Bern aber würden sich Politiker alter Schule, «*die nicht auf den Ruf der Jugend hören*», wie eh und je in kleinlichen Wahlmanövern ergehen. Damit verkennten sie das Gebot der Stunde:

«Aux heures graves, un peuple veut des chefs autour desquels il puisse se serrer; la discipline nationale dépend de leur valeur. Or chacun sent, chacun pense, chacun dit que la sélection faite à l'intérieur du Palais fédéral est trop limitée et qu'elle néglige des forces dont nous avons besoin. Pourquoi laisse-t-on de côté un homme comme Carl Burckhardt? Ce grand diplomate, souverainement intelligent, a traité à propos de Dantzig avec les dirigeants européens. Il n'a présidé ni parti, ni caucus, mais personne, en Suisse, n'a une vision plus juste des affaires internationales; il possède ce qui manque à tant de nos hommes politiques, la connaissance de l'Europe nouvelle»⁴.

Als ein dem Geist einer neuen Ära aufgeschlossener «*homme <nouveau>*» war Burckhardt bereits in den Briefen von *Guisan/Barbey* präsentiert worden. Hier wie dort rief man nach ihm aus dem Gefühl heraus, mit dem deutschen Sieg im Westen sei eine epochale Wende eingetreten, die auch schweizerischerseits eine Abkehr von der Routine erheische. Mit Sympathie für die NS-Ideologie hatte diese Haltung nichts zu tun. Wohl aber gehörte René Payot – wie der General und dessen «ghostwriter» Barbey – zum Kreis der Westschweizer Bewunderer des Marschalls *Pétain*⁵. Aus ihren damaligen Äusserungen ist ein Wiederhall jener Phraseologie der «nationalen Revolution» herauszuhören, mit der das Regime von Vichy der Niederlage von 1940 – die man als Gottesgericht über die Verderbtheit der III. Republik empfand – zukunftsweisende Impulse abzugewinnen suchte. Dieser Anlauf zu einem Neubeginn im Zeichen moralischer Läuterung und Rückbesinnung auf traditionelle Werte – «*Travail, Famille, Patrie*» – wurde anfänglich auch im Bürgertum der Romandie weithin begrüsst und als nachahmenswert betrachtet.

Unterstützung durch die «NZZ»

Payots von der redaktionellen Linie der «*Neuen Zürcher Zeitung*» durchaus abweichende «*Europe nouvelle*»-Rhetorik⁶ hinderte das führende Blatt des Deutschschweizer Freisinns nicht daran, seinen Ausführungen noch gleichentags in den eigenen Spalten Gastrecht zu gewähren und dieser genferischen Stimme zugunsten der Wahl Burckhardts in den Bundesrat damit zu landesweiter Resonanz zu verhelfen. Immerhin markierten sprachliche Nüancen diskret Distanz zum Erneuerungs-Enthusiasmus des Genfers, etwa wenn das Epitheton «*prodigieux*», mit dem dieser die vermeint-

liche «europäische Revolution» glorifizieren zu müssen glaubte, in der Übersetzung der «NZZ» unter den Tisch fiel. Am 9. Dezember, das heisst am Vorabend des Wahltages, unterstützte die «NZZ» die Kandidatur des Baslers durch die Veröffentlichung einer weiteren Stellungnahme aus – wie es im redaktionellen Vorspann hiess – «berufener Feder». Verfasser dieses Beitrags war der Präsident des Verwaltungskomitees der Zeitung, der Staats- und Völkerrechtler Prof. *Dietrich Schindler*. Auch er hob gebührend hervor, dass Burckhardt unter allen für die Bundesrats-Ersatzwahl Vorge schlagenen «den Erfordernissen der heutigen Stunde in ganz besonderem Masse gewachsen wäre». Aber er stellte seine Wahlempfehlung nicht unter das modische Zeichen des Aufbruchs zu neuen europäischen Horizonten, sondern suchte anhand eines detaillierten Lebenslaufs des Kandidaten Burckhardt aufzuzeigen, über welche aussenpolitische Sachkompetenz und welch hohes internationales Ansehen dieser aufgrund seiner bisherigen Aktivitäten verfüge. Vor allem als Völkerbunds-Hochkommissar in Danzig habe er «*aussergewöhnliches diplomatisches Geschick*», Takt und Mut an den Tag gelegt. «*Keiner unserer Staatsmänner, die sich im Amte befinden, hatte Gelegenheit, in dem Ausmasse wie Burckhardt Erfahrungen im Gebiet der grossen Politik zu sammeln, mit massgebenden Staatsmännern des Auslandes in persönlichen Kontakt zu treten und ihre Wertschätzung zu gewinnen. Burckhardt erscheint zum Eintritt in den Bundesrat geradezu prädestiniert. In ihm verkörpert sich bestes Schweizertum und bestes Europäertum.*»⁷

Klare Nichtwahl, heftige Reaktionen

Zahlenmässig nahm sich das Ergebnis der zwar nur während kurzer Zeit, aber von hoher Warte aus betriebenen Wahlwerbung zugunsten Burckhardts eher bescheiden aus: er erzielte im ersten Wahlgang 13, im zweiten 14 von 212 abgegebenen Stimmen und fiel dann als letztplazierter der insgesamt fünf Bewerber aus der Wahl. Gewählt wurde erst im fünften Wahlgang *Karl Kobelt*. Dass Burckhardt in Konkurrenz zu einem partei-offiziellen liberalen Anwärter immerhin auf eine zweistellige Stimmenzahl gelangt war, dürfte der Unterstützung zuzuschreiben sein, die auch einzelne angesehenere freisinnige Parlamentarier, wie der Genfer *Adrien Lachenal* und der Zürcher *Theodor Gut*, seiner Kandidatur zukommen liessen⁸.

René Payot reagierte auf den Wahlausgang mit einer Vehemenz, die vermuten lässt, dass er sich unrealistischerweise ernsthafte Hoffnungen auf einen Erfolg des Baslers gemacht haben muss. Sein Unmut entlud sich in einer jener antiparlamentarischen Diatriben, wie sie damals zum Repertoire der «Erneuerer» innerhalb und ausserhalb der Schweizer Grenzen gehörten. Durfte man, mit Payot, das Scheitern der Kandidatur Burckhardt

darauf zurückführen, dass das eidgenössische Parlament eine rückständige, neuen Strömungen unaufgeschlossene, den «*höchsten nationalen Notwendigkeiten*» verständnislos gegenüberstehende Institution sei⁹?

War Burckhardts Nichtwahl tatsächlich ein Fehlentscheid, der das Land einen grossen Magistraten gekostet hat? Der schweizerische Bundesrat ist eine Kollegialbehörde und – zumindest in der Theorie – kein Kabinett von Fachministern mit blosser Ressortverantwortung. Gleichwohl fällt bei der Kandidatenauswahl für Wahlen in die Landesregierung nicht nur die allgemeine «Bundesratstauglichkeit» der Anwärter ins Gewicht, sondern bis zu einem gewissen Grade auch die fachliche Qualifikation zur Übernahme dieses oder jenes – womöglich gerade neu zu besetzenden – Ministerpostens. «Bundesratstauglichkeit» erwirbt sich der Anwärter auf einen Regierungssitz üblicherweise durch parlamentarische Tätigkeit auf eidgenössischer Ebene und allenfalls mit Exekutiverfahrung in einem Kanton beziehungsweise einer grossen Gemeinde. Burckhardt hatte sich auf keiner Stufe je politisch betätigt und auch sonst nie staatsbürgerlich engagiert.

Milieubedingte Distanz

Biographische Umstände, auf die hier nicht eingegangen werden kann, hatten die gewissermassen milieubedingte Distanz des konservativen Altbaslers zum schweizerischen Staat freisinniger Prägung noch akzentuiert. Ihm stand der Sinn – auch als Historiker – nach «grossen Verhältnissen»¹⁰. Auf das Angebot jenes Basler Lehrstuhls, den an seiner Stelle dann *Edgar Bonjour* übernehmen sollte, mochte er 1934 schon deshalb nicht eintreten, weil «*Schweizergeschichte als Lebensberuf mich unsäglich langweilen*» würde¹¹. Den Dispens von einer spezifisch schweizerischen Form staatsbürgerlichen Engagements, dem Dienst in der Milizarmee, hatte er – trotz schwerlich ernstzunehmender medizinischer Begründung – im Sommer 1914 anscheinend widerspruchlos hingenommen¹². Damit ersparte er sich Jahre beschwerlichen Grenzdienstes während des Ersten Weltkrieges, beraubte sich aber auch der Legitimation zur Mitsprache bei Militärfragen, traditionellerweise einem Zentralthema der schweizerischen innenpolitischen Diskussion. Mit der Übernahme eines Attachépostens bei der schweizerischen Gesandtschaft in Wien 1918 hatte er sich zu einer für den damaligen jungen Herrn aus gutem Hause standesgemässen Beschäftigung entschlossen. An einen eigentlichen Einstieg in die «*carrière*» will er aber von vornherein nicht gedacht haben, und der von ihm als «notariell» empfundene Charakter kleinstaatlicher diplomatischer Tätigkeit liess ihm den Abschied vom «akkaparierenden Bundesdienst» nach wenig mehr als drei Jahren denn auch leicht werden¹³.

Burckhardt statt Pilet-Golaz?

Dass Burckhardt die – kraft stillschweigender Übereinkunft – weithin als verbindlich erachteten allgemeinen «Wählbarkeitsvoraussetzungen» für Bundesratsanwärter erfüllt hätte, lässt sich somit nicht behaupten – und wurde selbst von den Promotoren seiner Kandidatur nicht geltend gemacht. Wie wir gesehen haben, waren diese bemüht, seine internationale Statur und hervorragende Kompetenz auf aussenpolitischem Gebiet ins Licht zu rücken. Damit präsentierte man Burckhardt freilich als Kandidaten nicht so sehr für den Bundesrat, als vielmehr für ein ganz bestimmtes unter den sieben ministeriellen Ressorts, nämlich das damals als Eidgenössisches Politisches Departement (EPD) bezeichnete Aussenministerium. Da dessen Chef, Bundesrat Pilet-Golaz, aber nicht zu den im Dezember 1940 zu ersetzenden Demissionären gehörte, richtete sich die Kandidatur des Baslers im Grunde gegen ihn als Aussenminister. Erst Pilets Bereitschaft, die Leitung des EPD mit jener eines anderen Departementes zu vertauschen, hätte es einem in die Landesregierung gewählten Burckhardt ermöglicht, seine spezifisch aussenpolitischen Talente auch wirklich zu entfalten. Nun war aber Pilet erst neun Monate zuvor – nach einem Jahrzehnt des Ausharens im Post- und Eisenbahndepartement – als Nachfolger des im Amt verstorbenen *Giuseppe Motta* an die Spitze des Aussenministeriums gelangt. Während seines ersten Jahres in dieser neuen Funktion bekleidete er zugleich die Würde des Bundespräsidenten und hatte als solcher die wenig glückliche, weithin als «anpasserisch» empfundene Radioansprache vom 25. Juni 1940 zu verantworten¹⁴. Im September gleichen Jahres hatte er sich eine weitere Blösse gegeben, indem er eine Dreierdelegation schweizerischer Nationalsozialisten ohne Zeugen zu einer längeren Unterredung empfing. Unter dem Eindruck des dadurch ausgelösten Entrüstungssturms hatte Pilet einen Augenblick an Rücktritt gedacht, sich dann aber doch zum Verbleiben im Amt entschieden¹⁵. Eine Demission im damaligen Zeitpunkt hätte das Eingeständnis eigenen Ungenügens impliziert – etwas, das der zu intellektueller Überheblichkeit Neigende^{15a} sich letztlich offenbar nicht abzurufen vermochte. Ebenso schwer würde ihm – aus denselben psychologischen Gründen – einige Monate später zweifellos auch ein Departementswechsel gefallen sein. Eines der prominentesten Mitglieder der freisinnigen Nationalratsfraktion, der Waadtländer *Henry Vallotton*, hat Burckhardt gegenüber nach der Wahl vom 10. Dezember sogar bezeugt, alle fünf bisherigen Bundesräte hätten zum voraus kategorisch erklärt, ihre Ressorts behalten zu wollen¹⁶. Infolgedessen sei es nur darum gegangen, die durch Rücktritte freigewordenen Departemente – Justiz und Militär – neu zu besetzen. Er, Vallotton, vermute, dass keines dieser beiden Ministerien Burckhardt zugesagt hätte. Letztere Bemerkung war eine höfliche Um-

schreibung der Tatsache, dass der Basler als Nichtjurist und Nichtmilitär weder für das eine noch das andere auch nur entfernt in Betracht gekommen wäre.

Keine Provokation von Rivalitäten

Bei näherem Zusehen erweist sich somit, dass es einer gewissen Unbeschwertheit bedurfte, um wie René Payot über die reellen Schwierigkeiten hinwegzusehen, die durch die Wahl Burckhardts in das bestehende Regierungsgremium hineingetragen worden wären. Ob man es mangelndem Wirklichkeitssinn oder bewusster Inkaufnahme von Spannungen innerhalb des Bundesrates zuzuschreiben hat, dass die Propagatoren des «Aussenpolitikers» Burckhardt das Vorhandensein des etablierten Aussenministers Pilet-Golaz und dessen durch Anciennität erworbenen Anspruch auf Verbleib im angestammten Ressort ignorieren zu können glaubten, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist anzunehmen, dass zahlreiche Parlamentarier Überlegungen ähnlich denjenigen Vallotons angestellt und dem Kandidaten Burckhardt ihre Unterstützung nicht zuletzt deshalb versagt haben dürften, weil sie regierungsinternen Rivalitäten um die Führung der Aussenpolitik gerade in der damaligen kritischen Situation vorbeugen wollten. In diesem Zusammenhang entbehrt es nicht einer gewissen Komik, dass Pilet die Nichtwahl Burckhardts gegenüber dem deutschen Gesandten *Köcher* zu bedauern vorgab¹⁷. Möglicherweise wollte er die Reaktion des Diplomaten testen, der – wie seine vorgesetzten Stellen in Berlin – den Einzug Burckhardts in die schweizerische Regierung vermutlich begrüsst hätte. Deutscherseits hatte man damals freilich auch keinen Grund, sich über Pilets Neutralitätsverständnis zu beklagen oder ihm mangelnde Kooperationsbereitschaft vorzuwerfen¹⁸.

Zugang zur NS-Prominenz: Vorzug und Gefahr

In der Rückschau wird klarer erkennbar, wann eine Bundesratskandidatur Burckhardts vielleicht eine gewisse Chance gehabt hätte: nicht im Dezember 1940, sondern im Februar jenes Jahres, als ein Nachfolger für den am 23. Januar verstorbenen Giuseppe Motta zu wählen und mithin das Aussenministerium neu zu besetzen war¹⁹. In einigen Presseorganen war Burckhardts Name zwar bereits im Vorfeld jener Wahl genannt worden; zu einer Kandidatur hatten sich diese vereinzelt Hinweise jedoch nicht verdichtet. Der radikale Umsturz der Kräfteverhältnisse im europäischen Umfeld der Schweiz, herbeigeführt durch Hitlers Blitzsieg im Westen, hatte

damals eben noch nicht stattgefunden. Erst dieses militärisch-politische Erdbeben sollte im Lande jenes Krisenbewusstsein wecken, aus dem heraus der Ruf nach dem spezifisch aussenpolitischen Hoffnungsträger laut werden und ein gewisses Gehör finden konnte. Wäre die Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik anders verlaufen, wenn von 1940 an Burckhardt anstelle Pilets an der Spitze des EPD gestanden hätte? Beim Versuch einer Beantwortung dieser Frage betritt man notwendigerweise den schwankenden Boden der Spekulation. Immerhin lässt sich die Vermutung begründen, dass die Qualitäten, die Burckhardt zum Aussenminister besser geeignet erscheinen liessen als Pilet-Golaz, sich in der politischen Praxis nicht unbedingt günstig, ja vielleicht sogar kontraproduktiv ausgewirkt hätten. Nachdem er sich vor allem den Ruf eines bevorzugten Gesprächspartners hoher und höchster NS-Würdenträger erworben hatte – zweimal war er von Hitler empfangen und in Reichstagsreden lobend erwähnt worden –, wäre Burckhardt als Bundesrat unter entsprechendem Erwartungsdruck gestanden. Besuchsdiplomatischen Direktkontakten mit Exponenten der Reichsführung hätte er sich schwerlich entziehen können, was Pressionsabsichten von deutscher Seite zustatten gekommen wäre. Weit mehr als der international unbekannt Pilet hätte er sich auch der Versuchung ausgesetzt gesehen, seine Auslandsverbindungen in den Dienst neutralitätspolitisch riskanter Friedenssondierungen oder sogar Vermittlungsversuche zu stellen. Instruktive Rückschlüsse auf das eventuelle Verhalten eines schweizerischen Aussenministers Burckhardt gestattet das reale Verhalten des IKRK-«Aussenministers», der er während des Zweiten Weltkriegs ja war.

Friedensaspirationen als Sicherheitsrisiko?

Gemäss der Doktrin der Genfer humanitären Organisation wäre er in dieser Eigenschaft erst recht zu einer strikt neutralen Haltung politischer Totalabstinenz verpflichtet gewesen. Burckhardt selbst hat dieser – insbesondere vom langjährigen IKRK-Präsidenten *Max Huber* hochgehaltenen – Maxime verbal immer wieder seine Reverenz erwiesen, am nachdrücklichsten wohl 1944 mit den Worten: «*Die Neutralität des Internationalen Komitees entspringt keiner politischen Haltung. Sie ist vielmehr in ausgesprochener Weise eine apolitische. Das Rote Kreuz soll durch jedes Tagesgeschehen hindurch gefeit bleiben.*»²⁰ Gleichwohl konnte Burckhardt einem gut informierten deutschen Zeitzeugen als «*der Unterhändler vieler Friedensversuche*» erscheinen, «*die während des Krieges von Angehörigen neutraler und kriegführender Länder unternommen wurden*»²¹. Zu beanstanden wäre an dieser Charakterisierung allenfalls der Ausdruck «*Unterhändler*», weil dadurch die Vorstellung eigentlicher Verhandlungen, zumin-

dest offiziöser Natur, wachgerufen wird. Zu solchen ist es im Verlauf des Zweiten Weltkriegs – ausser vielleicht im Vorfeld der deutschen Kapitulation in Norditalien – bekanntlich nicht gekommen²². Aber der auf privaten und halboffiziellen Wegen verschiedentlich an ihn herangetragenen Bitte um Unterstützung bei friedensdiplomatischen Geheimsondierungen hat der Rotkreuz-Spitzenfunktionär Burckhardt sich zumeist nicht versagt²³, und man wird annehmen dürfen, dass er sich als schweizerisches Regierungsmitglied nicht grundsätzlich anders verhalten hätte. Es genügt, sich an die *Affäre Hoffmann-Grimm* vom Jahre 1917 zu erinnern, um zu ermessen, wie leicht ein friedensdiplomatisch ambitionierter schweizerischer Aussenminister in europäischen Konfliktsituationen für sein Land zum Sicherheitsrisiko werden konnte²⁴.

Im übrigen ist festzuhalten, dass eines der bevorzugten Argumente der Befürworter der Bundesratskandidatur Burckhardt, der Hinweis auf seine guten persönlichen Beziehungen zu massgeblichen Akteuren auf der politischen Bühne Europas, zwar Ende 1940 noch zu Recht vorgebracht werden konnte, im Lauf der Zeit jedoch zusehends an Gewicht einbüsste. Ausser nach Berlin liefen die Fäden seiner während der Danziger Tätigkeit geknüpften Verbindungen vornehmlich nach London. Aber der britische Aussenminister, dessen besondere Wertschätzung er sich als Völkerbundskommissar erworben hatte, *Lord Halifax*, wurde schon im Januar 1941 von *Anthony Eden* abgelöst²⁵. Dieser war zu Beginn von Burckhardts Danziger Amtszeit bereits einmal Chef des Foreign Office gewesen; die beiden waren einander damals aber persönlich nicht nahegekommen. Burckhardt fühlte sich von Eden geschulmeistert und hatte seiner Verärgerung darüber im Gespräch mit *Ernst von Weizsäcker* – damals noch deutscher Gesandter in Bern – Luft gemacht²⁶. Einige Monate nach Halifax musste auch ein anderer einstiger Vertrauter des Danziger Burckhardt und Exponent britischer «appeasement»-Politik, Unterstaatssekretär *R. A. Butler*, seinen Platz im Aussenministerium räumen²⁷.

Befremden im England Churchills

Den im Mai 1940 an die Regierungsspitze gelangten *Winston Churchill* hatte Burckhardt nur zufällig einmal, im Februar 1937, bei einer Abendgesellschaft in London getroffen²⁸. Churchill und seine Kabinettskollegen waren für den Schweizer nicht zu sprechen, als dieser Ende 1941 in Rotkreuzangelegenheiten die britische Hauptstadt besuchte. Man verdächtigte Burckhardt, Überbringer einer deutschen Separatfriedensofferte zu sein²⁹. Dieser Argwohn war unbegründet; mit einer diskreten friedensdiplomatischen Erkundungsmission hatten ihn lediglich nationalkonservative deut-

sche Regimegegner betraut³⁰. Aber Burckhardtsche Warnungen vor der Gefahr, dass eine siegreiche Sowjetunion sich ganz Europa unterwerfen würde, riefen in London nachhaltiges Befremden hervor³¹. Aus ihrer damaligen bedrängten Situation heraus musste den Briten vor allem an der Erhaltung und Festigung der erst wenige Monate alten Kampfgemeinschaft mit den Sowjets zur Niederringung Hitlers gelegen sein. Das Foreign Office empfand Burckhardts unzeitgemässe Äusserungen als so anstössig, dass es noch im Frühjahr 1944 von ihm als schweizerischem Gesandten in London nichts wissen wollte³².

Zustimmung bei De Gaulle

Diplomatischer Vertreter seines Landes sollte Burckhardt dann ja ein Jahr später in Frankreich werden. Wenn er dort – anders als in Grossbritannien – *persona gratissima* war, so wird man vielleicht auch darin eine – freilich positive – Nachwirkung seines Englandbesuchs von Ende 1941 sehen dürfen. Der Rotkreuzemissär hatte damals nämlich auch *General de Gaulle* im Londoner Exil seine Aufwartung gemacht³³. Früh schon betrachtete das IKRK de Gaulles «France combattante» als reguläre Kriegspartei im Sinne der Genfer Konventionen und setzte sich für deren Anwendung auch auf die Angehörigen der freifranzösischen Streitkräfte durch die deutsche Wehrmacht ein³⁴. Überdies war Burckhardt mit *René Massigli*, dem Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten des «Comité Français de la Libération Nationale», der von 1943 an in Algier etablierten gaullistischen Gegenregierung, seit langen Jahren befreundet. Man kann mit Sicherheit annehmen, dass sich der Basler Burckhardt als schweizerischer Aussenminister weit weniger schwergetan hätte, mit dem «Freien Frankreich» einen *modus vivendi* zu finden, als der Romand Pilet-Golaz, der den Geschäftsträger der Vichy-Regierung, *Jean Jardin*, noch Ende Juni oder Anfang Juli 1944 mit der Erklärung beruhigen zu müssen glaubte, es sei nicht beabsichtigt, in Bern eine paradiplomatische gaullistische Vertretung zuzulassen³⁵.

Eurozentrische Beschränkung

Die beiden Mächte aber, welche in den letzten drei Kriegsjahren die weltpolitische Entwicklung mehr und mehr bestimmen sollten, lagen ausserhalb von Burckhardts Beziehungsnetz. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion waren ihm kaum weniger unvertraut als dem amtierenden Schweizer Aussenminister. Unter den massgeblichen Beratern von Präsident *Roosevelt* befanden sich, so argwöhnte Burckhardt 1941, zwei jüdische

Persönlichkeiten aus dem einstigen Völkerbundssekretariat, die der Schweiz nicht wohlgesinnt seien, und die er schon während seiner Danziger Zeit verdächtigt hatte, gegen ihn zu intrigieren³⁶. Aus eigener Anschauung sollte Burckhardt – wie auch Pilet-Golaz – die Vereinigten Staaten erst nach seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Leben kennenlernen, und beide verfügten sie nur über rudimentäre Englischkenntnisse. Den Schlusspunkt von Pilets Regierungstätigkeit markiert bekanntlich das Scheitern seines Versuchs zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR im November 1944. Ebenso erfolglos waren Burckhardts beharrliche, sich über Jahre hinziehende Bemühungen verlaufen, die Sowjetbehörden für eine Zusammenarbeit mit dem IKRK, insbesondere auf dem Gebiet der Kriegsgefangenenbetreuung, zu gewinnen³⁷.

Man wird aufgrund der verfügbaren Indizien die Vermutung wagen dürfen, dass ein Bundesrat Burckhardt an der Spitze des Eidgenössischen Politischen Departementes schwerlich höhere Gewähr dafür geboten hätte, die schweizerische Aussenpolitik erfolgreich durch die Fährnisse der Kriegszeit zu lenken, als Marcel Pilet-Golaz. Für Burckhardt als international profiliertere, friedensdiplomatisch ambitioniertere Persönlichkeit wäre die Verlockung stärker gewesen, sichtbare Proben seiner Befähigung abzugeben und die ihm seit Danzig anhaftende Reputation eines Virtuosen des diplomatischen Parketts rechtfertigen zu wollen. Wir haben an anderer Stelle indessen gezeigt, dass Burckhardts aussenpolitisches Urteilsvermögen keineswegs über jeden Zweifel erhaben war und seine Berichterstattung aus der «Freien Stadt» – im ungeschönten Rohzustand gelesen – mitunter gravierende Fehleinschätzungen offenbart³⁸.

Burckhardts konsequentes Beschweigen

Zu klären bliebe die Frage nach Burckhardts eigener Einstellung zur Bundesratskandidatur. In seinen autobiographischen Zeugnissen und auch in seiner bisher veröffentlichten Korrespondenz sucht man vergeblich auch nur nach einer Erwähnung dieser Episode. Es fehlt somit ein direkter Beleg selbst dafür, dass Burckhardt sein Einverständnis zum Wahlvorschlag erteilt hat. Erschliessen lässt sich immerhin, dass zumindest die gewichtigste der zu seinen Gunsten vorgetragenen Wahlempfehlungen nicht ohne seine Zustimmung publiziert worden sein kann. Der Autor des oben zitierten «NZZ»-Artikels, Prof. Dietrich Schindler sen., hat nämlich seinem Tagebuch anvertraut, er sei von seinem Onkel Max Huber dazu aufgefordert worden, den betreffenden Text zu verfassen³⁹. Dass IKRK-Präsident Huber diese Anregung ausgesprochen hätte, ohne Burckhardt – seinen wichtigsten Mitarbeiter im Komitee – konsultiert zu haben, erscheint undenkbar. Ob es

nicht sogar Burckhardt war, der Huber zur indirekten Unterstützung seiner Kandidatur veranlasst hat, wird sich kaum mehr klären lassen, da Aufzeichnungen über die in dieser Sache zwischen den beiden leitenden Persönlichkeiten des IKRK geführten vertraulichen Gespräche schwerlich existieren dürften. Burckhardts späteres konsequentes Beschweigen dieser Episode deutet darauf hin, dass er seine Nichtwahl als persönliche Niederlage empfunden hat, was kaum der Fall gewesen wäre, wenn es sich bei seiner Nomination um ein von ihm nicht autorisiertes Vorprellen Dritter gehandelt hätte. Wäre er mit der Kandidatur nicht einverstanden gewesen, hätte er im übrigen bereits dem Aufruf Payots mit einer Wahlverzichts-Erklärung entgegengetreten können. Es ist vielleicht nicht unangebracht, hier daran zu erinnern, dass Max Huber 1929 in vergleichbarer Situation dem Versuch, ihn als Bundesratskandidaten zu portieren, durch eine sofortige Absage Einhalt geboten hatte⁴⁰. Zu jenem Zeitpunkt war Huber seit gut einem Jahr Präsident des IKRK. Dieses Amt hatte er – obschon gesundheitlich angeschlagen – auch zwölf Jahre später noch inne, als die Frage einer Bundesratskandidatur Burckhardts aufs Tapet kam.

IKRK-Präsidium als Plattform für «grossdiplomatische» Ambitionen

Innerhalb des Genfer Gremiums befand sich der Basler in der – gerade für einen Mann seines Geltungsbedürfnisses – undankbaren Situation des «brillant second», der über weite Strecken die Hauptlast der Führungsverantwortung zu tragen hatte, ohne doch den Prestigebonus der Präsidialwürde einheimen zu können. Erst auf Jahresende 1944 fand sich Huber zur Amtsübergabe an Burckhardt bereit⁴¹.

Was für diesen die Attraktivität der Funktion ausmachte, war nicht primär ihr humanitärer Charakter. An der Spitze des IKRK, «*der einzigen Institution, durch welche die Schweiz bisweilen etwas wie eine Grossmacht-Stellung ausübte*»⁴², glaubte Burckhardt sich einen seit seinen Wiener Attachézeiten gehegten Wunschtraum erfüllen und Diplomatie auf Grossmachtniveau betreiben zu können⁴³ – etwas, das auch einem schweizerischen Aussenminister nicht verstatet war. Burckhardts Präntention auf politische Entfaltungsmöglichkeit in grossstaatlichen Dimensionen und seine Hoffnung, auf dem weiten Feld internationaler Rotkreuztätigkeit einen Ehrgeiz zu befriedigen, dem heimatliche Enge nicht zu genügen vermochte, widerspiegeln sich auch in dem Wort eines seiner Freunde: in England wäre ein solcher Mann Premierminister geworden, in der Schweiz habe er es zum Präsidenten des IKRK gebracht . . .⁴⁴. Wie man weiss, sollte Burckhardts effektive Präsidialzeit indessen nur wenige Monate dauern. Das absehbar nahe Kriegsende liess einen raschen Rückgang der Bedeutung der Genfer

humanitären Organisation erwarten und die Aussicht auf ein Wirken von weltpolitischer Tragweite im Zeichen des Roten Kreuzes zunichte werden. Vor diesem Hintergrund wird Burckhardts Bereitschaft besser verständlich, im Frühjahr 1945 die Rotkreuz-Spitzenposition mit der Stellung eines schweizerischen diplomatischen Missionschefs in Paris zu vertauschen⁴⁵. Wenn er später von sich selbst sagen sollte, er hätte wohl über «gewisse Voraussetzungen» staatsmännischer Tätigkeit verfügt, die zu erproben ihm jedoch nicht vergönnt gewesen sei⁴⁶, so lag darin das Eingständnis einer hochgespannten, unerfüllt gebliebenen politischen Ambition.

Der ungedruckte Nachlass von Carl J. Burckhardt (CJB), auf den im folgenden mehrmals verwiesen wird, ist in der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Basel deponiert.

¹ Georg Kreis, General Guisan, Minister Frölicher und die Mission Burckhardt 1940, Schweiz. Zeitschrift für Geschichte, 27. Jg. (1977), S. 99–122; Oscar Gauye, Le Général Guisan et la diplomatie suisse, 1940–1941, Studien und Quellen 4, 1978, S. 5–63. – ² Rudolf Maurer, Die Doppelpersatzwahl in den Bundesrat Ende 1940, Schweizer Monatshefte, 48. Jahr (1968/69), S. 1074–1084. – ³ Willi Gautschi, General Henri Guisan. Die schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1989, S. 427; Bernard Barbey, P.C. du Général, Journal du chef de l'état-major particulier du Général Guisan 1940–1945, Neuchâtel 1948, S. 53, 56 (deutsch: Fünf Jahre auf dem Kommandoposten des Generals, 1940–1945, übersetzt von Hermann Böschstein, Bern 1948, S. 57, 60). – ⁴ Journal de Genève, 5. 12. 1940, Nr. 300. – ⁵ Jacques Meurant, La presse et l'opinion de la Suisse romande face à l'Europe en guerre, 1939–1941, Neuchâtel 1976, S. 593; Oscar Gauye, «Au Rütli, 25 juillet 1940», Studien und Quellen 10, 1984, S. 49 f. – ⁶ Illustrativ für die redaktionelle Haltung der NZZ gegenüber den im Sommer 1940 eingetretenen militärisch-politischen Umwälzungen sind etwa die Leitartikel vom 25. Juli («Die Schweiz und die europäischen Tatsachen») und 13. Oktober («Erneuerung») aus der Feder von Chefredaktor Willy Bretscher. Wiederabdruck im Sammelband «Im Sturm von Krise und Krieg», Zürich 1987, S. 256–262 und 263–268. Vgl. ferner Fred Luchsinger, Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges 1930–1955, Zürich 1955, S. 237–246. – ⁷ D.S. (= Dietrich Schindler), Ein Vorschlag zur Bundesratswahl, NZZ 9. 12. 1940, Nr. 1803. – ⁸ René Payot, «Le pays et le Parlement», Journal de Genève, 12. 12. 1940, Nr. 306. – ⁹ Ebenda; zit. auch im Kommentar «Die Westschweiz nach der Bundesratswahl», NZZ 13. 12. 1940, Nr. 1834. – ¹⁰ Carl J. Burckhardt, Briefe 1908–1974, Frankfurt a.M. 1986, S. 63, 160. – ¹¹ An William Rappard, Genf, 20. 2. 1934, Schweiz. Bundesarchiv (BAr), Bern, J.I. 149/1977/135/71. – ¹² Briefe, S. 39 ff., 43. – ¹³ Briefe, S. 64, 98. – ¹⁴ Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. IV, Basel 1970, S. 115–137. – ¹⁵ Ebenda, S. 323–348; Gauye, Le Général Guisan..., S. 17. – ^{15a} Zur Charakterisierung Pilet-Golaz' vgl. Erwin Bucher, Zwischen Bundesrat und General. Schweizer Politik und Armee im Zweiten Weltkrieg, St. Gallen 1991, S. 511 f.; ferner Walther Bringolf, Mein Leben, Bern 1965, S. 263. – ¹⁶ Vallotton an Burckhardt, Lausanne, 11. 12. 1940, Nachlass CJB, A II, 3¹. – ¹⁷ Köcher an Auswärtiges Amt, Bern, 14. 12. 1940, zit. bei Kreis, a.a.O., S. 118. – ¹⁸ Daniel Bourgeois, L'image allemande de Pilet-Golaz, 1940–1944, Studien und Quellen 4, 1978, S. 79–85. – ¹⁹ Mit einem Wahlvorschlag zugunsten Burckhardts war damals etwa das Zürcher Oberländer Lokalblatt «Der Freisinnige» (Wetzikon) hervorgetreten. Ob schon die «Basler Nachrichten» diese Empfehlung am 28. 1. 1940 abdruckten, blieb die

Idee einer Kandidatur Burckhardt damals ohne breiteren Widerhall. Bei der Ersatzwahl für Motta am 22. 2. 1940 erhielt er keine Stimmen. – ²⁰ Carl J. Burckhardt, Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz im abessinischen Konflikt, in Vom Krieg und vom Frieden, Festschrift zum 70. Geburtstag von Max Huber, Zürich 1945, S. 263. – ²¹ Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland, Tübingen und Stuttgart 1951, S. 166. Im Bestreben, die ihm durch Schwerin v. Krosigk zugeschriebenen friedensdiplomatischen Aktivitäten in ihrer Bedeutung herabzumindern, hat Burckhardt später betont, er habe «niemals... an irgendeine Regierung Vorschläge weitergeleitet». Gleichzeitig gibt er aber zu, den britischen Gesandten in Bern über deutsche Friedenssondierungen unterrichtet zu haben. Meine Danziger Mission, München 1960, S. 174, Anmerkung 2. – ²² Vgl. hierzu insbesondere Max Waibel, 1945 – Kapitulation in Norditalien. Originalbericht des Vermittlers, Basel/Frankfurt a.M. 1981; ferner Bradley F. Smith/Elena Agarossi, Unternehmen «Sonnenaufgang», Köln 1981. – ²³ Quellenmässig vielfach bezeugt ist Burckhardts friedensdiplomatische Dienstbereitschaft z.B. bei Ulrich von Hassell, Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Berlin 1988. Als Darstellung massgebend: Bernd Martin, Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939–1942, Düsseldorf 1974; vgl. auch Paul Stauffer, Friedenserkundungen in der Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges: Carl J. Burckhardt und Birger Dahlerus, in Einblick in die schweizerische Aussenpolitik, Festschrift für Raymond Probst, Zürich 1984, S. 375–399. – ²⁴ Paul Stauffer, Die Affäre Hoffmann/Grimm, Sonderbeilage zu Schweizer Monatshefte, Jg. 53, Nr. 1, Zürich 1974. – ²⁵ Martin Gilbert und Richard Gott, The Appeasers, London 1963, S. 349. – ²⁶ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie C, Bd. VI, 1, Nr. 273, S. 590. – ²⁷ Gilbert und Gott, a.a.O., S. 346. – ²⁸ Burckhardt an Frank Walters (Völkerbundssekretariat), Paris, 26. 2. 1937, Archives de la Société des Nations, Genf, Dossier S 333, No. 1; vgl. auch Meine Danziger Mission, S. 70. – ²⁹ Schweiz. Gesandtschaft an Eidg. Politisches Departement, London, 17. 11. 1941, BAr 2001 (D) 3/Sch. 485; Bonjour, a.a.O., Bd. VI, S. 107. – ³⁰ Hassell, a.a.O., S. 267, 297 f. – ³¹ Michel de Potulicki, Un souvenir d'il y a vingt ans. . . , in Dauer im Wandel, Festschrift zum 70. Geburtstag von Carl J. Burckhardt, München 1961, S. 307 f. – ³² Frank Roberts (Foreign Office) an Britische Gesandtschaft Bern, London, 1. 4. 1944, zit. bei Edgar Bonjour, Grossbritannien und die Schweiz im Zweiten Weltkrieg, in Die Schweiz und Europa, Bd. III, Basel 1973, S. 190, Anmerkung 16. – ³³ Gemäss Burckhardts Londoner Besuchsprogramm wurde er von de Gaulle am 18. 12. 1941 empfangen, Nachlass CJB, B II, 35. – ³⁴ Rapport du Comité international de la Croix-Rouge sur son activité pendant la seconde guerre mondiale, Bd. I, Genf 1948, S. 541f. – ³⁵ Pierre Assouline, Une éminence grise, Jean Jardin (1904–1976), Paris 1986, S. 147f. – ³⁶ Sonderbericht Nr. 14 vom 6. 1. 1941, BAr E 5795/328. – ³⁷ Rapport du CICR . . . (s. oben Anmerkung 34), S. 444–448; André Durand, De Sarajevo à Hiroshima, Genf 1978, S. 445–450. – ³⁸ Paul Stauffer, Zwischen Hofmannsthal und Hitler: Carl J. Burckhardt. Facetten einer aussergewöhnlichen Existenz, Zürich 1991, 2. B. S. 184 ff., – ³⁹ Freundliche Mitteilung von Herrn Professor Dr. Dietrich Schindler jun., 23. 8. 1991. – ⁴⁰ Ernest Bovet, Eine Bundesratskandidatur, in Festgabe für Max Huber zum sechzigsten Geburtstag, Zürich 1934, S. 25f. – ⁴¹ Durand, a.a.O., S. 515. – ⁴² Burckhardt an Heinrich Rothmund, Paris, 23. 1. 1946, Nachlass CJB, B II 46 i. – ⁴³ Vgl. Burckhardts Brief an Hofmannsthal, Wien, 1. 6. 1919, Hugo von Hofmannsthal – Carl J. Burckhardt: Briefwechsel, Frankfurt a. M. 1956, S. 16 f. – ⁴⁴ Jean Rudolf von Salis, Grenzüberschreitungen. Ein Lebensbericht, 2. Teil, Zürich 1978, S. 468. – ⁴⁵ Vgl. Gérard Lévêque, La Suisse et la France gaulliste, 1943–1945, Genf 1979. – ⁴⁶ Otto Kopp, Carl J. Burckhardt – der Schweizer, Civitas, 29. Jg. (1973/74), S. 655.